

Fragen an die Landtagskandidaten zu Klimaschutz und Energiewende

Freising, den 09.08.2018

Sehr geehrter Herr Stanglmair, liebe Solarfreunde Moosburg,

Hier erhalten Sie die Antworten auf Ihre Fragen.

Mit solidarischen Grüßen

Dr. Guido Hoyer

Antworten auf die Fragen von Sonnenkraft Freising e. V. zu Klimaschutz und Energiewende

Einleitung der Fragesteller:

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen für die heutige und alle künftigen Generationen. Spätestens ab einer globalen Erwärmung von 2,0° C ist mit katastrophalen irreversiblen Veränderungen zu rechnen, bei denen die Schäden die heutigen Vermeidungskosten um ein Vielfaches überschreiten werden und die Klimaerwärmung sich selbst verstärkt. Der Klimawandel wird Leib und Leben von zahllosen Menschen bedrohen, die deshalb ihre Heimat verlassen müssen und gefährdet unmittelbar auch unseren wirtschaftlichen Wohlstand.

Wir sind die erste Generation, die ihn voll zu spüren bekommen wird und vermutlich die letzte Generation, die ihn entscheidend abmildern (nicht: aufhalten) kann.

Um die Ziele des Paris-Abkommens zu erreichen, müssen die Treibhausgasemissionen bis spätestens 2035 (max. ca. 1,5° C) bzw. spätestens 2050 (max. 2°) auf NULL bzw. nahezu NULL gesenkt werden.

Eine gute Klima- und Energiepolitik ist damit für unser aller Zukunft von existenzieller Bedeutung.

Was sind nach Ihrer Ansicht die wichtigsten bei uns in den nächsten 10 Jahren spürbaren Folgen des Klimawandels?

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch in Deutschland bereits zu spüren, wenn auch die mit der Erderwärmung verbundenen Schäden und Belastungen andernorts auf dieser Welt noch viel größer sein dürften. Oft sind das Gebiete in Staaten, die im Gegensatz zu Deutschland kaum einen Beitrag zur Erderwärmung leisten. Zu den Auswirkungen des Klimawandels gehört unserer Ansicht nach zum einen die Zunahme von Extremwetter-Ereignissen. Dazu zählen Starkniederschläge genauso wie lange Hitze- bzw. Dürreperioden, wie wir sie in diesem Jahr beobachten können. Zum anderen wird eine überdurchschnittliche Erhöhung der Durchschnittstemperaturen in den Alpen registriert. So ist die Erwärmung dort etwa doppelt so stark wie im globalen Durchschnitt. Mit beiden Entwicklungen ist eine Vielzahl negativer Entwicklungen verbunden. Neben den Belastungen für die Biodiversität, die sich diesen Ereignissen nicht schnell genug anpassen kann, ist auch die Gesundheit jener Teile der Bevölkerung gefährdet, die in der Regel empfindlich auf Starkwetterereignisse, insbesondere auf Hitze, reagieren (Kinder, ältere Menschen, Erkrankte). Auch die wirtschaftlichen

Auswirkungen des schleichenden Wandels sind nicht zu unterschätzen. So kommt es zu Schäden in der Landwirtschaft und im Tourismus. Mittelfristig wird auf Deutschland zudem ein Anstieg der (auch) klimawandelbedingten Migration zukommen.

Welche konkreten politischen Entscheidungen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode erreichen, um den Klimawandel wirksam zu verlangsamen?

DIE LINKE in Bayern unterstützt alle Initiativen, die auf Bundesebene zu einem unverzüglichen Einstieg in den Kohleausstieg führen. Dieser Prozess muss sozial begleitet werden. Die ältesten 20 Braunkohlekraftwerke sind noch vor 2020 stillzulegen. Der letzte Kohlemeiler sollte zwischen 2030 und 2035 vom Netz. Für den Strukturwandel fordern wir 500 Mio. Euro jährlich für die Reviere. Das alles ist festzulegen in einem Kohleausstiegsgesetz. Ferner fordert DIE LINKE, die bundesweiten Ökostrom-Ausbaudeckel im EEG abzuschaffen bzw. diese soweit anzuheben, dass ein Ökostromanteil von 70 Prozent bis 2030 erreicht werden kann. Nach unserer Auffassung müssten dafür – unter Berücksichtigung einer zusätzlichen Ökostromnachfrage aus der Sektorkopplung sowie des Abbaus alter Anlagen – brutto mindestens jeweils 5 bis 6 Gigawatt Wind an Land und PV zugebaut werden. Parallel sind Anstrengungen zu erhöhen, um dann genügend Stromspeicher – auch Langzeitspeicher – zur Verfügung zu haben, wenn sie zwingend gebraucht werden. Dafür sind Pilot- und Demonstrationsprojekte zu fördern. Für Bayern bedeutet diese Agenda zuallererst, die 10-H-Regelung ersatzlos zu streichen, um auch hierzulande einen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen.

Neben dem Stromsektor besteht eine große Herausforderung in der sozialverträglichen energetischen Gebäudesanierung. Hier sind die jährlichen Sanierungsraten auf zwei bis drei Prozent zu verdoppeln durch ein System von Fördern und Fordern. Dabei muss Warmmietenneutralität für Mieterinnen und Mieter gewährleistet werden, auch mit Fördermitteln und Mietrechtsanpassungen auf Bundesebene. Der Freistaat soll diesen Prozess mit Schwerpunktförderungen und der Ausweisung von Sanierungsgebieten mit besonderem Mieter*innenschutz unterstützen. DIE LINKE fordert zudem, den Anteil erneuerbarer Energien im Wärmemarkt deutlich zu erhöhen. Dazu könnte eine CO₂-Steuer auf fossile Heiz- und Kraftstoffe beitragen. Im Gegenzug will DIE LINKE die Stromsteuer abschaffen, so dass private Haushalte netto nicht zusätzlich belastet werden. Dafür würden sich aber die relativen Preise so ändern, dass Ökowärme wettbewerbsfähiger gegenüber fossilen Heizungsanlagen wird. Im Verkehrsbereich steht eine nachhaltige Verkehrswende noch gänzlich aus. Das Verkehrsaufkommen, insbesondere des Schwerlastverkehrs, muss reduziert werden. Die individuelle motorisierte Mobilität muss schrumpfen zu Gunsten von Bahn-, Bus-, Rad- und Fußverkehr. Der Restverkehr wird überwiegend elektrifiziert werden müssen. Entsprechende Projekte, auch der Raumordnung, wird eine LINKE Landtagsfraktion in Bayern einfordern und unterstützen.

Der Landkreis Freising hat beschlossen seine Energieversorgung bis 2035 auf erneuerbare Energien umzustellen. Mit welchen politischen Maßnahmen kann dies auch tatsächlich in allen Bereichen (Strom, Wärme, Mobilität) gelingen?

Vergleiche Antwort auf Frage 2.

Welche politischen Maßnahmen wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode umsetzen, um in den nächsten 10 Jahren spürbare Energieeinsparungen in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität zu erreichen?

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen, die dazu führen, Effizienzpotentiale der Nutzung von Strom, Wärme und Kraftstoffen auszuschöpfen. Neben den klassischen Maßnahmen, wie Förder- und Aufklärungsprogramme zum Pumpenaustausch im Industriesektor, zur Erhöhung der Gebäudeenergieeffizienz durch energetische Sanierungen oder unserer Forderung nach einem Tempolimit von maximal 120 km/h auf Autobahnen, wächst nun ein neues Feld der Energieeffizienz: Im Strombereich kommt es vor allen darauf an, *den Einsatz von erneuerbaren Energien im Wärme- und im Mobilitätssektor effizient zu gestalten*. Geschieht dies nicht, wird der regenerative Strombedarf explodieren. Hierbei unterstützen wir das Motto „Efficiency First“ der Bundesregierung. Dahinter steckt eine sinnvolle Hierarchie zur Nutzung erneuerbarer Energien: Erstens muss zunächst der Energiebedarf in allen Sektoren deutlich und dauerhaft

verringert werden. Soweit möglich und ökonomisch sinnvoll ist zweitens für den verbleibenden Energiebedarf eine direkte Nutzung erneuerbarer Energien in allen Sektoren anzustreben. Nicht nur Ökostrom, sondern auch Wärme aus Solarthermie, Geothermie oder Holzschnitzeln kann direkt genutzt werden. Nur dort, wo eine direkte Nutzung nicht möglich ist, ist drittens Strom aus erneuerbaren Quellen unter Inkaufnahme von Umwandlungs- und Speicherverlusten indirekt für Wärme, Verkehr und Industrie einzusetzen. Und zwar vorrangig in Technologien, die mit wenig Strom viele fossile Brennstoffe ersetzen oder der Energiespeicherung dienen. Dieser dritte Pfad umschreibt im Wesentlichen die Sektorkopplung. Beispiele sind Wärmepumpen oder Power to Heat (PtH) in Form von Elektrodenheizungen. Perspektivisch zählt auch die Umwandlung von Ökostrom in andere Energieträger wie Wasserstoff oder Gas (Power to Gas – PtG) dazu, insbesondere für die Langzeitspeicherung von Stromüberschüssen. Im Verkehrsbereich würde Power to Liquid (PtL) dazugehören, also mittels Ökostrom über Elektrolyse und Kohlestoffsynthese produzierte flüssige oder gasförmige Kraftstoffe. Allerdings verbraucht die Umwandlung von Strom in synthetische Kraftstoffe ein Mehrfaches dessen an Ökostrom, was vergleichbare Batteriefahrzeuge benötigen. Der gesamte bislang für die Energiewende angedachte Ökostrombedarf könnte sich allein aus der Nachfrage des Schwerlastverkehrs verdoppeln bis verdreifachen, setzt man weiter auf Verbrennungsmotoren. Das wäre wohl das Ende der Energiewende, schon aus Akzeptanzgründen. Schließlich stünden dahinter auch zwei- bis dreimal mehr Windkraftanlagen als ohne synthetische Kraftstoffe erforderlich.

Darum sollte PtL Verkehrs-Anwendungen vorbehalten bleiben, bei denen der Einsatz von Batterien oder eine Stromversorgung über Oberleitungen kaum möglich ist, etwa in der Luft- und Seefahrt. Letztlich geht es also nach der Verkehrsvermeidung vor allem darum, mit sauberem Strom und guter Infrastruktur die Elektromobilität voranzubringen anstatt in einer grotesk ineffizienten Kette mit strombasierten Kraftstoffen den Verbrennungsmotor am Leben zu halten. Ein Schlüssel, um eine solche Einsatzhierarchie durchzusetzen, wäre ein bundesweites Verbot von Verbrennungsmotoren in Neufahrzeugen ab 2030.

Um eine umfassende E-Mobilität in einem zunehmend öffentlichen Personenverkehr, eine Verlagerung des Schwerlastverkehrs auf die Schiene und um Oberleitungen für LKWs mit Stromabnehmern wird Europa wohl nicht herkommen. Ohnehin müsste neben einer Verkehrswende im Personenverkehr eine drastische Reduzierung des Schwerlastverkehrs auf der Tagesordnung stehen. Der neue Bundesverkehrswegeplan der Bundesregierung ist aber exakt auf das Gegenteil ausgerichtet. Im Bayerischen Landtag werden wir dafür kämpfen, dass die Staatsregierung sich hier im Freistatt und im Bund künftig nicht mehr als Oberlobbyistin der Automobilbranche verhält.

Der Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien ist die wichtigste Strategie für den Klimaschutz. Das „Team EE“ aus Sonne, Wind, Wasser, Bioenergie und Geothermie kann in Verbindung mit Speicherung und intelligentem Verbrauch eine rasche Energiewende ermöglichen. Bayern war hier führend. Der Fortschritt hat jedoch stark nachgelassen. Derzeit importiert Bayern schon rund 25% seines Strombedarfes. Mit dem Atomausstieg 2022 wird der Import auf 50% und mit der Sektorkopplung auf ca. 75% steigen, wenn die Erneuerbaren Energien nicht stark ausgebaut werden. Wollen Sie den Ausbau der Erneuerbaren Energien vor diesem Hintergrund in Bayern beschleunigen und wenn ja wie?

Der wichtigste Schritt wäre die ersatzlose Streichung der 10-H-Regelung, die den Ausbau der Windkraft in Bayern zum Erliegen gebracht hat. Ich schlage vor, die Belange der Kommunen und der in ihnen lebenden Menschen beim Ausbau der Wind- und Solarkraft zu berücksichtigen. Darum schlägt DIE LINKE vor, Kommunen an den Erträgen zu beteiligen, die Betreiber von Ökostromanlagen auf ihrem Gemeindegebiet erwirtschaften. Dies kann die Akzeptanz der Windkraft erhöhen. Mit dem gleichen Ziel sollten die Raumordnungs- und Genehmigungsprozesse stärker Belange des Naturschutzes und auch des Landschaftsbildes berücksichtigen – allerdings ohne eine Verhinderungsplanung zu etablieren. Bezüglich der Beteiligung an den Erträgen der Ökostrombetreiber halten wir im Übrigen eine bundesweite Lösung für unabdingbar, da ansonsten Bundesländer, die eine solche Bürgerbeteiligung ermöglichen, sich in einen Wettbewerbsnachteil gegenüber jenen begeben würden, die dies nicht tun. Eine LINKE Landtagsfraktion würde die Staatsregierung dazu drängen, im Bundesrat entsprechend zu agieren.

Wollen Sie den durch das 10H-Gesetz ausgelösten faktischen Zubaustopp bei Windkraftanlagen in Bayern wieder auflösen? Und wenn ja wie?

Ja. Und zwar so, wie in der vorhergehenden Frage beschrieben. DIE LINKE fordert, Bürgerenergien insoweit aus dem Zwang zu Ausschreibungen bei der Ermittlung der Förderhöhe auszunehmen, als es sich um Anlagen handelt, die nicht mehr als 6 Anlagen oder 18 MW umfassen. Bei einer solchen (nach EU-Recht zulässigen) Ausnahme sollte die feste Einspeisevergütung greifen. Dies könnte wieder mehr Genossenschaften ermutigen, in Windkraft zu investieren.

Wie wollen Sie den in den letzten Jahren um über 75% zurückgegangenen Ausbau der Photovoltaik in Bayern wieder beschleunigen?

Hier bedarf es meiner Ansicht nach Regelungen auf Bundesebene, die den Ausbau der Solarkraft wieder attraktiver machen, allerdings ohne übertriebene Renditegarantien, die ja von den Stromkunden bezahlt werden müssten. Neben einer Anpassung der Einspeisevergütungen wäre ein Weg dafür, die Regelungen zum Mieterstrom zu verbessern. Ein anderer Weg bestünde darin, eine Quote für Solarstrom einzuführen, die Hauseigentümer sowohl im Bestand als auch im Neubau zu erfüllen hätten. Dabei müssten Ausnahme- und Härtefallregeln bedacht werden. Sinnvoll wäre dabei zudem ggf. eine Option, auf Dächern Dritter die eigene Quote erfüllen zu können. Die Vergütung könnte über die klassische Einspeisevergütung erfolgen.

Welche Rolle(n) sehen Sie für Bioenergien in der künftigen erneuerbaren Energieversorgung?

Das Potential von biogenen Kraft- und Heizstoffen halten wir hierzulande für weitgehend ausgeschöpft. Es kann nur noch durch den Einsatz von mehr Reststoffen sowie Blühpflanzen etwas umweltverträglicher gestaltet werden. Biogene Importe halten wir für unverantwortlich. Dafür fallen direkt oder indirekt Wälder in anderen Staaten, werden Bauern vertrieben. Wenn Bio-Kraftstoffe im Verkehr eingesetzt werden, dann sollten das unserer Ansicht nach reine Pflanzenöle sein, die regional produziert und verfahren werden, etwa in Landmaschinen oder Bussen. So kann man dann auch die Pressrückstände regional verwerten. Ansonsten setzen wir vor allem auf ein deutlich vermindertes Verkehrsaufkommen und eine weitgehende Elektrifizierung des Rest-Verkehrs.

Biogas kann in Zukunft eine wachsende Rolle beim Ausgleich der naturgemäß schwankenden Einspeisung von Ökostrom aus Sonne und Wind spielen. Dafür muss es attraktiv sein, größere Anlagen zu bauen, die dafür aber insgesamt weniger und strommarktdienlicher laufen. Zudem kann Biogas eine Übergangsrolle bei der Dekarbonisierung des Heizsystems leisten. In allen Fällen dürfen die Anbauflächen für Energiepflanzen aber nicht auf Kosten der Biodiversität oder einer nachhaltigen Nahrungsmittelproduktion gehen. Langfristig wird unsere Einschätzung nach Gas aus „Power to Gas“ Biogas weitgehend ablösen. Überdies sollte der verbleibende Biomasseanbau umgestellt werden: von großflächigen Mais-Monokulturen auf Mischkulturen und ökologisch höherwertige Gewächse wie Blühpflanzen.

Sind Sie dafür, dass die EEG-Umlage auf erneuerbar erzeugten Strom beim Eigenverbrauch und Verkauf innerhalb eines Hauses bzw. Quartieres abgeschafft wird? Was wollen Sie dafür im Landtag unternehmen?

Grundsätzlich sollten sich alle Endverbraucher an einer solidarischen Finanzierung von Energiewende und Infrastruktur beteiligen. Dies gilt insbesondere für die so genannte energieintensive Industrie, deren überbordende Privilegien bei EEG-Umlage, Stromsteuer und Netzentgelten wir strikt ablehnen, oder für den unternehmerischen Eigenverbrauch von Strom aus Industriekraftwerken, sowohl im Bestand als auch bei Neuanlagen. Es sollte aber auch - jenseits von Bagatellgrenzen und angemessen - für die sonstige Erzeugung gelten. Insofern sind wir gegen eine pauschale Abschaffung der EEG-Umlage auf erneuerbar erzeugten Strom beim Eigenverbrauch.

Historisch bedingt werden in Deutschland die Kosten der Energiewende und Infrastruktur über

Umlagen und Entgelte refinanziert, die am Fremdstrombezug ansetzen. Das gilt insbesondere auch für die hohen Anfangskosten der Ökostromanlagen, die bekanntlich 20 Jahre fest vergütet werden, aber auch für die Netzkosten. Nunmehr schrumpft infolge des wachsenden Eigenverbrauchs diese Finanzierungsgrundlagen, was zur Folge hat, dass die verbliebenen Fremdstromabnehmer die genannten Lasten allein zu tragen haben. Darum steht die Aufgabe, das genannte Finanzierungssystem auf neue Füße zu stellen und grundlegend zu reformieren. Bis dahin sollten auch Eigenverbraucher über die anteilige EEG-Umlage ihren Anteil zur Finanzierung der genannten Leistungen und historischen Kosten leisten. Dies zumal sie immer auch zu einem Teil ins Versorgungsnetz einspeisen bzw. Fremdstrom beziehen – also ohnehin auf das energetische Gesamtsystem angewiesen sind, welches zum weit überwiegenden Teil fixkostenbestimmt ist.

Die Belastung des Eigenverbrauchs bzw. Mieterstroms im Falle von Photovoltaik und KWK muss allerdings stets sicherstellen, dass diese wirtschaftlich bleiben und das Potential dieser Technologien für die Energiewende erhalten bleibt. Insofern müssen bei veränderten Eigenverbrauchsregeln stets auch zugleich die EEG- bzw. KWK-G-Vergütungszahlungen angepasst werden. Beim Mieterstrom sind die Zuschläge entsprechend anzupassen. Notwendig ist ferner die Beibehaltung von Bagatellgrenzen für kleine Anlagen, da bei diesen bürokratische Kosten und fiskalischer Nutzen bei der Erfassung und Abrechnung des Eigenstromverbrauches in keinem vernünftigen Verhältnis stehen.

Mehr als die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Deutschland erfolgt für die Bereitstellung von Wärme und Kälte. 80% der hierfür verbrauchten Energie ist fossiler Herkunft. Mit welchen politischen Maßnahmen wollen Sie den Klimaschutz im Gebäudebereich zum Durchbruch verhelfen?

Die Sanierungsrate im Gebäudebestand muss verdoppelt werden. Wir wollen ordnungsrechtliche Vorgaben für stufenweise zu erreichende Effizienz- und CO₂-Standards auch für den Gebäudebestand. DIE LINKE fordert eine Aufstockung der KfW-Fördermittel auf mind. 5 Mrd. € im Jahr. Verbindliches Ziel der Förderung muss die Warmmietenneutralität für die Mieterinnen und Mieter der sanierten Wohnungen sein. Zudem sind Luxussanierungen oder falsche Zurechnungen so genannter „Sowieso-Kosten“ zu verhindern. Die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung muss kommen, am besten als Abzug von der Steuerschuld.

Auch in den Materialien, die wir alle benutzen und schließlich wegwerfen, steckt oft sehr viel Energie, die am Ort der Herstellung CO₂-Emissionen verursacht hat. Wie werden Sie im Landtag auf diese Problematik reagieren?

Wir unterstützen ein Verbot von Plastiktüten und von Einweggeschirr an Verkaufsständen. Ferner fordert unsere Bundestagsfraktion längere Gewährleistungsfristen für gekaufte Produkte.

Im Verkehrsbereich ist im Ballungsraum München und speziell im Freisinger Land aus vielen Gründen (Klimaschutz, Luftreinhaltung, überlastete Straßen etc.) ein Quantensprung für mehr Klimaschutz erforderlich. Was könnte Bayern für einen viel besseren ÖPNV und Radverkehr tun? Was wollen Sie im Landtag dafür unternehmen?

Bislang arbeiten die Kommunen bei dem Ausbau des Radverkehrs weitgehend unabhängig voneinander. Dies führt zu einem Stückwerk. Daher unterstützen wir die Initiative des ADFC für ein Rad-Gesetz für Bayern. Das bedeutet einen verbindlichen Maßnahmenplan zum Radverkehrsprogramm Bayern 2025, ein sicheres, komfortables, durchgängiges Radwegenetz inklusive Radschnellwege, gute Radabstellplätze, eine Verdopplung des Budgets für die Förderung des Radverkehrs.

Wir streiten für einen ÖPNV zum Nulltarif, der sowohl auf dem Land wie in der Stadt ausgebaut gehört. Ein zentrales Problem hierbei ist und bleibt der Tieftunnel in München. Nicht nur, dass er verkehrstechnisch Unsinn ist und ein Ausbau des Rings günstiger und sinnvoller wäre. Darüber hinaus schluckt er Geld des Landes Bayern und des Bundes, was für andere Projekte fehlt.

Die Verzahnung von ÖPNV und Rad ist ein weiterer Aspekt, um die Nutzung dieser beiden klimaschützenden Fortbewegungsmittel attraktiver zu machen. Dazu gehört ein Ausbau der Abstellplätze an Bahnhöfen ebenso wie eine Verbesserung der Fahrradmitnahme in Bus und Bahn. Das Berliner Mobilitätsgesetz kann in vielerlei Hinsicht als Vorbild gesehen werden.

**Beziehen Sie bitte klar Position zu der von der derzeitigen Bayerischen Staatsregierung
gewollten 3. Startbahn.**

Wollen Sie die 3. Startbahn? Oder wollen Sie diese verhindern?

b. Wie sehen Sie die Feinstaub- und Ultrafeinstaub-Problematik

Die Feinstaub- und Ultrafeinstaub-Problematik ist brisant. Die Automobilkonzerne müssen für ihre Vergehen bezahlen. Dieser Betrug darf nicht den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern überlassen werden.

Die FMG weigert sich, am Flughafen Ultrafeinstaub-Messungen durchzuführen. Verantwortlich sind CSU-, CDU- und SPD-Politiker, die die FMG-Gesellschafter Freistaat, LH München und BR Deutschland in der Gesellschaft vertreten. Sie müssen auf politischem Weg gezwungen werden, die Messungen anzuordnen.

Wie bekannt, lehne ich die 3. Startbahn entschieden ab und sehe keinen Grund, davon abzurücken. Auch meine ParteifreundInnen im Münchner Stadtrat, in Bayern und im Bundestag trieten gegen die 3. Bahn auf und haben dies bereits in der Vergangenheit getan. Wir beteiligen uns auch am zukünftigen Widerstand.